



Bundesnetzagentur

Die Bundesfachplanung

Maren Schmidt, Karsten Mälchers, Sandrine Butzbach

Referat N11 - Durchführung von Zulassungsverfahren

Info-Gespräch LaDaDi

Darmstadt, 02.10.2014



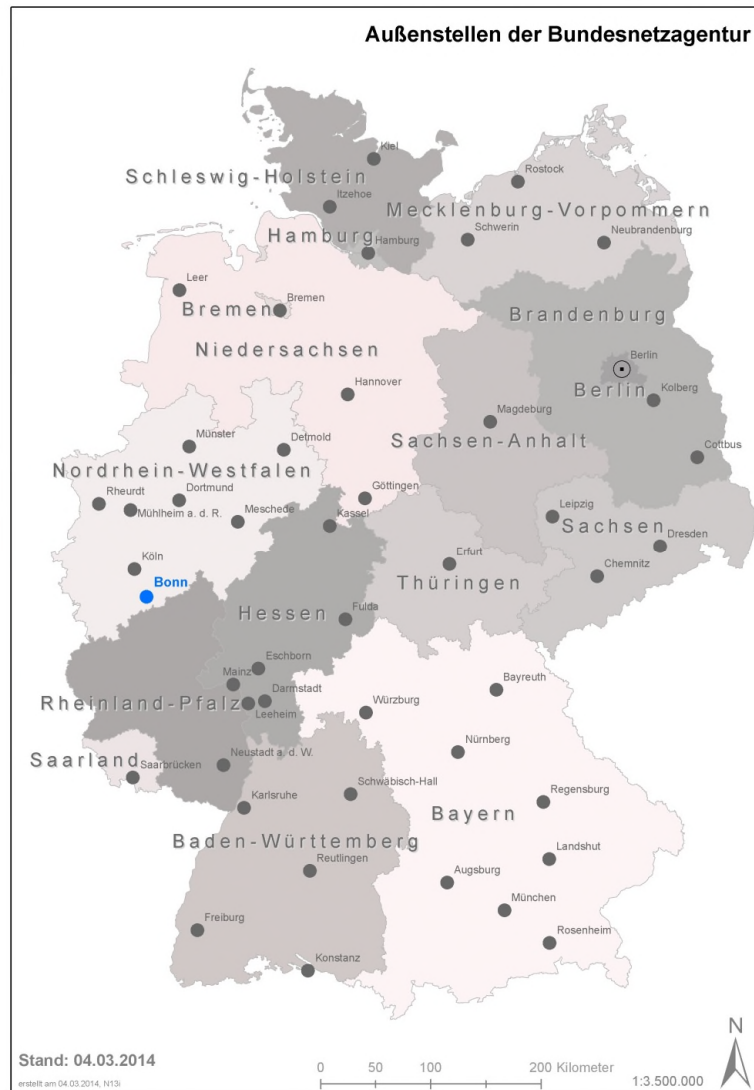
www.bundesnetzagentur.de



- Die Bundesnetzagentur
- Zuständigkeit für planungsrechtliche Genehmigungsverfahren
- Verfahrensschritte von der Feststellung des Bedarfs bis zur Planfeststellung
- Die Bundesfachplanung
- Verfahrensablauf der Bundesfachplanung



- Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit Sitz in Bonn.
- wirtschaftliche und technische Regulierung der Märkte Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen.
- **neue Zuständigkeit seit 2011:** Genehmigungsbehörde für den Ausbau des Übertragungs-Stromnetzes im Zuge der Energiewende.



- ca. 2.900 Beschäftigte an 48 Standorten
- 4 zentrale Standorte
Bonn, Mainz, Saarbrücken
und Berlin
- 9 Außenstellen verteilt auf 35 Standorte
u.a. Darmstadt



Netzausbau – Warum?





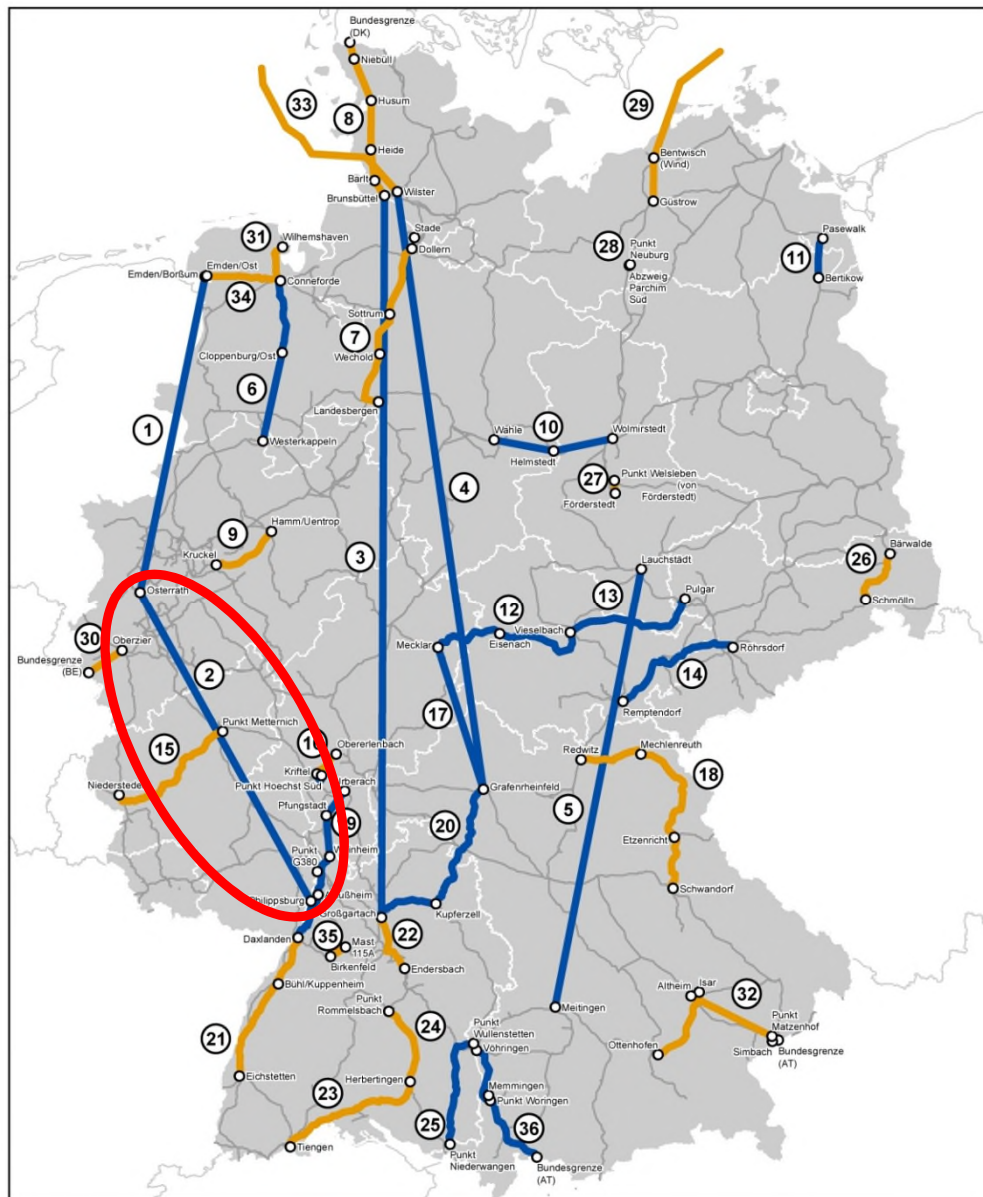
Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

- Genehmigung des jährlichen Szenariorahmens
- Bestätigung des jährlichen Netzentwicklungsplans
- Mind. alle drei Jahre Vorlage an Bundesregierung als Entwurf für einen Bundesbedarfsplan incl. Umweltbericht

Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG)

- Durchführung der Bundesfachplanung für die im Bundesbedarfsplan als grenzüberschreitend und länderübergreifende gekennzeichnete Vorhaben
- Durchführung der Planfeststellung für die im Bundesbedarfsplan als grenzüberschreitend und länderübergreifend gekennzeichnete Vorhaben

Zuständigkeit für planungsrechtliche Genehmigungsverfahren



Übertragungsnetz	
○	Vorhaben Anfangs-/ Stütz-/ Endpunkt
34	Vorhabennummer nach BBP
—	bestehendes Übertragungsnetz
—	Zuständigkeit der Bundesnetzagentur
—	Zuständigkeit der Länderbehörden

Das Bundesbedarfsplangesetz

- ...ist am 27.7.2013 in Kraft getreten.
- ...schreibt für **36** Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und den vordringlichen Bedarf fest.
- ...kennzeichnet **16** Vorhaben für Zulassungs- und Genehmigungsverfahren nach dem NABEG durch die BNetzA.



Vorhaben des Bundesbedarfsplangesetzes



Gekennzeichnete
**grenzüberschreitende und
länderübergreifende Vorhaben**



Sonstige Vorhaben

BNetzA zuständig

Landesbehörden zuständig

Bundesfachplanung
nach §§ 4 ff. NABEG

Raumordnung
nach ROG und Landesplanungsgesetzen

Planfeststellung
nach §§ 18 ff. NABEG

Planfeststellung
nach §§ 43 ff. EnWG

Bedarf

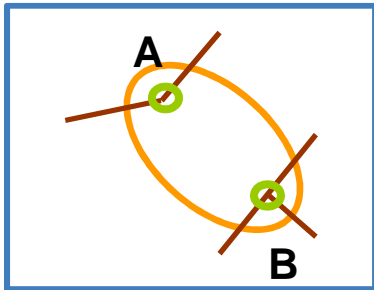
Zulassung

Ausführung

Bundesbedarfsplangesetz



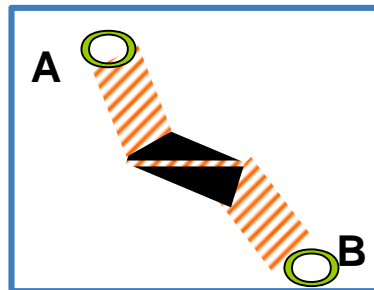
Festlegung von Anfangs- und Endpunkten



Bundesfachplanung



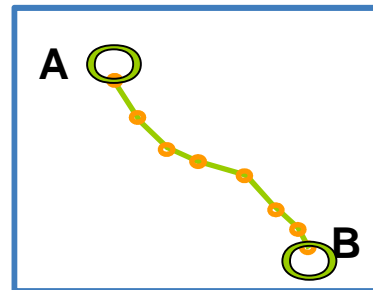
Festlegung eines Trassenkorridors



Planfeststellung



Festlegung eines konkreten Leitungsverlaufs



Umsetzung des Beschlusses

Bau und Betrieb





■ Ziel:

Auf Antrag eines Vorhabenträgers wird ein **raum- und umweltverträglicher Trassenkorridor für eine Höchstspannungsleitung** festgestellt.

Die Breite des Trassenkorridors beträgt 500 - 1.000 m

■ Vorgehensweise der Vorhabenträger:

Ausgehend von den im Bundesbedarfsplan festgelegten Netzverknüpfungspunkten erfolgt eine

- Findung und Analyse von Grobkorridoren
- Findung, Analyse und Vergleich von Trassenkorridoren



■ **Prüfung der Raumverträglichkeit**

- Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung: Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung sowie Abstimmung mit anderen raumbedeutsamen Planungen
- Bundesfachplanung hat grundsätzlich Vorrang vor Landesplanungen

■ **Prüfung der Umweltbelange**

- Strategische Umweltprüfung (SUP)
- Natura-2000-Prüfung
- Artenschutzrechtliche Prüfung (Ersteinschätzung)

■ **Prüfung der sonstigen öffentlichen und privaten Belange**



Unterschiede zum Raumordnungsverfahren:

- Verbindlichkeit der Entscheidung für die Planfeststellung
- Neben Raumverträglichkeit sind Umwelt- und weitere Belange Prüfungsgegenstand
- BNetzA ist an Antrag des Vorhabenträgers nicht gebunden, Vorschläge über alternative Trassenkorridore können einbezogen werden
- Antragskonferenz öffentlich
- starke Fristenregelung

- Antrag durch Vorhabenträger (ÜNB)
- Öffentliche Antragskonferenz (zugleich Scoping)
unverzüglich nach Einreichung des Antrags
- Festlegung des Untersuchungsrahmens durch BNetzA
innerhalb von 2 Monaten nach Antragstellung
- Vorlage der vollständigen Unterlagen durch den ÜNB
- Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
*innerhalb von 2 Wochen nach Vorlage vollständiger Unterlagen,
Frist für Stellungnahmen der TÖB max. 3 Monate*
- Erörterungstermin
- Entscheidung der BNetzA über den Trassenkorridor
*innerhalb von 6 Monaten nach Vorliegen der vollständigen
Unterlagen*
- Aufnahme des Trassenkorridors in den Bundesnetzplan